

sätzlich“ fortgeführt worden sei, ist nach Feststellungen der Richter „nicht vor Januar/Februar 1987 anzunehmen“, womöglich gar später.

Die Abwicklung unter Decknamen und Tarnbezeichnungen sowie mit Hilfe konspirativer Treffs, mal in Paris, mal in Rendsburg, kommt denn auch nach Meinung eines Kieler Juristen „der Operation einer kriminellen Vereinigung gleich“.

Die Operation wurde offenbar – während offiziell keine Genehmigung vorlag – im Geheimen von der Bundesregierung gefördert. Zwar haben Kanzler Helmut Kohl und sein Berater Horst Teltschik immer wieder erklärt, sie könnten sich nicht recht erinnern. Doch die Angaben in der Kieler Gerichtsentscheidung helfen ihnen möglicherweise auf die Sprünge.

So begründen die Richter ihre Ansicht, die Schuld der HDW-Leute sei „im unteren Rahmen anzusiedeln“, gerade mit der Enthüllung, daß die Manager „erst nach dem ihnen anfänglich übermittelten ‚grünen Licht‘ der Bundesregierung“ intensiv tätig geworden seien.

Zudem war das Bundesverteidigungsministerium über den Handel offensichtlich bis zuletzt im Bild. Eine „intensive Nachprüfung“ amtlicher Kontrolleure bei HDW im Januar 1986 und bei IKL noch im Dezember desselben Jahres jedenfalls führte nicht etwa zum Abbruch der Geschäftsbeziehungen zum Kap. Die Prüfer von der Hardthöhe ließen es bei der Feststellung, es gebe „keine Hinweise“ für die Weitergabe besonderer regierungsamtlicher Verlußsachen.

Angesichts so schwerwiegender Belastungsmomente ist es für Bonner Juristen „schiefer unverständlich“, daß die Kieler Richter lediglich ein Ordnungswidrigkeitsverfahren empfahlen. „Das hätte normalerweise für eine Haftsache gelangt“, urteilt ein hoher Regierungsbeamter. Die Staatsanwälte mußten, was möglich ist, die Ermittlungen wieder an sich ziehen.

In der Kieler SPD-Landesregierung – Schleswig-Holstein ist Anteilseigner bei HDW – wird der Spruch ohnehin als „Polit-Urteil“ qualifiziert. Mit der ungewöhnlichen Geheimnistuerei habe die Kammer „ohne Not versucht“, so ein Regierungsmitglied, „das Verfahren politisch dichtzuschreiben“.

Ungewöhnlich ist das Kieler Verfahren allerdings nicht nur wegen der Geheimniskrämerei. An dem Kammer-spruch beteiligt war als einer von drei Berufsrichtern Wilfried Hoops. Dessen Ehefrau Petra Ahlers-Hoops ist, ausgerechnet, zugelassene Rechtsanwältin in der Kieler Sozietät, die mit dem U-Boot-Verfahren beschäftigt ist – als Verfahrensbevollmächtigte von HDW.

„Von Heuchelei geprägt“

SPIEGEL-Interview mit dem neuen NDR-Intendanten Jobst Plog

SPIEGEL: Herr Plog, Ihr Vorgänger Peter Schiwy, ein CDU-Mann, ist als Intendant des Norddeutschen Rundfunks (NDR) zum 15. Januar gefeuert worden. Was hat er sich zuschulden kommen lassen?

PLOG: Das ist gleich doppelt falsch. Weder ist er gefeuert worden, noch hat er sich etwas zuschulden kommen lassen. Die Initiative zu diesem Wechsel kam von der Führungsmannschaft und den Aufsichtsgremien des NDR.

SPIEGEL: Wollen Sie sagen, daß Schiwys Hinauswurf ...

PLOG: ... das wird nicht dadurch richtiger, daß Sie es wiederholen. Der Wechsel wäre überhaupt nicht denkbar, wenn Herr Schiwy nicht selbst gesagt hätte, ich gehe jetzt.

SPIEGEL: Also haben der Abgang von Herrn Schiwy und Ihre Bestellung zu seinem Nachfolger gar nichts mit dem Umstand zu tun, daß in den NDR-Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen neuerdings überall die SPD regiert, deren Mitglied Sie sind?

PLOG: Sicherlich auch. Aber es war kein Opfer von Herrn Schiwy. Er hatte wohl das Gefühl, daß ein anderer in diesem neuen Umfeld für den NDR wirksamer sein könnte als er.

SPIEGEL: Ihnen ist es doch selbst passiert, daß Sie beim NDR und beim Westdeutschen Rundfunk nicht Intendant werden konnten, weil Ihre Parteifreunde in den Gremien nicht die Mehrheit hatten. Jetzt ist es so weit?

PLOG: Eben. Darum hält sich meine Trauer über den jetzigen Wechsel auch in Grenzen. Parteienschele gehört zu jedem anständigen Interview über den Rundfunk. Diese Diskussionen sind von tiefer Heuchelei geprägt. Jeder weiß, daß wir in einer Gesellschaft leben, die in hohem Maße auch von Parteien beeinflusst ist.

SPIEGEL: Das Bundesverfassungsgericht hat die Unabhängigkeit des Rundfunks von Staat und Parteien verlangt.

PLOG: Ja, und eben das Bundesverfassungsgericht wird nach Grundsätzen des Parteienproporz besetzt, was offenbar noch nie jemanden an der Unabhängigkeit der Richter hat zweifeln lassen. Dieselbe Unabhängigkeit nehme ich für mich in Anspruch. Die Gleichung: parteilos gleich unabhängig, parteigebunden gleich feige, widerspricht meiner Lebenserfahrung.

SPIEGEL: Die SPD hat mit der CDU ein Proporzpaket geschürt: SPD-Mann Plog wird Intendant, dafür darf CDU-Mann Thomas Bernd Stehling vom Funkhaus Hannover Stellvertreter werden. Warum mußte das denn so schnell nach dem Machtwechsel geschehen?

PLOG: Die Gremien wollten dem NDR eine Fortsetzung des politischen Gezerres ersparen. Das war nur durch einen Kompromiß erreichbar. Warum wird das als Mausehelei diskreditiert?

SPIEGEL: Der niedersächsische SPD-Ministerpräsident Gerhard Schröder wollte, wie er gesagt hat, beim NDR „den Einfluß der Parteien zurück-

drängen“. Wie sollen die Wähler Politikern glauben, wenn die Worte so sichtbar den Taten widersprechen?

PLOG: Die Unterstellung, meine Berufung stärke den Einfluß einer Partei im Programm, weise ich mit Schärfe zurück.

SPIEGEL: Schröder hat wohl die geplante Neuverteilung der Sitze im Rundfunkrat gemeint, wo Bundeswehr- und Vertriebenenfunktionäre durch Greenpeace- und Frauendelegierte abgelöst werden sollen. Die CDU hat Herrn Schröder sowie seinen Kollegen Björn Engholm und Henning Voscherau daher unterstellt, der NDR solle zum „Rotfunk“ umgetrimmt werden.

PLOG: Das ist Unfug. Richtig ist, daß es andere Akzente geben wird.

SPIEGEL: Welche?

PLOG: Es werden Akzente sein, die Linke oder Linksliberale von Konservativen trennen.



Plog